

**Arbeitnehmerfreizügigkeit – gute Arbeit - Chancen für unsere deutsch-polnische Region**

**Einreicher: Gesprächskreis "Europäische Integration", LAG EL-Netzwerk, Ständiges Forum der Europäischen Linken der Regionen**

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 **ARBEITNEHMERFREIZÜGIGKEIT - GUTE ARBEIT - CHANCEN FÜR UNSERE DEUTSCH-**  
2 **POLNISCHE REGION**

3

4 Seit dem Beitritt von 12 mittel-, ost- und südosteuropäischen Ländern zur Europäischen Union in den  
5 Jahren 2004 und 2007 hat unsere Partei gefordert: Beschränkungen der Rechte der Bürgerinnen und  
6 Bürger dieser Länder gegenüber Bürgerinnen und Bürgern in den "alten" Mitgliedstaaten, wie z.B. im  
7 Bereich der Arbeitnehmerfreizügigkeit, dürfen nur Übergangscharakter haben.

8 Die Regierungen der Mitgliedstaaten waren aufgefordert, in ihren Ländern innerhalb des kürzest  
9 möglichen Zeitraums die Voraussetzungen für die Aufhebung dieser Beschränkungen zu schaffen.

10 Die Bundesrepublik Deutschland war neben Österreich der einzige "alte" Mitgliedstaat, der die  
11 Arbeitnehmerfreizügigkeit über einen höchstmöglichen Zeitraum von sieben Jahren aussetzte. Die  
12 Beschränkung der Freizügigkeit für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus den beigetretenen  
13 Staaten fand seine Begründung zunächst in der konkreten Arbeitsmarktsituation in Deutschland.  
14 Hauptgrund für die volle Nutzung der Übergangsfrist durch die Bundesrepublik war jedoch das  
15 Agieren der Bundesregierung selbst, die sich strikt weigerte, hinreichende nationale Regelungen  
16 gegen Lohndumping und ruinösen Lohnwettbewerb einzuführen.

17 Für DIE LINKE Brandenburg gehört die Gleichheit aller Bürgerinnen und Bürger zu den Fundamenten  
18 der Europäischen Union - nur wenn ausreichende Maßnahmen zum Schutz bestehender sozialer  
19 Standards ergriffen werden, wird die Europäische Union von den Menschen als Freiheitsgewinn und  
20 nicht als Bedrohung wahrgenommen. Unser Landesverband hat sich deshalb schon vor dem Jahr  
21 2004 dafür eingesetzt, dass damals bereits absehbare Beschränkungen so schnell wie möglich  
22 aufgehoben werden. Im Landtag und im außerparlamentarischen Raum haben wir uns für flexible  
23 Regelungen starkgemacht, die die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland  
24 und in anderen Mitgliedstaaten ebenso berücksichtigen wie die Erfordernisse der Entwicklung  
25 gemeinsamer Wirtschafts-, Arbeits- und Sozialräume in der deutsch-polnischen wie der deutsch-  
26 tschechischen Grenzregion. Im Koalitionsvertrag haben sich SPD und DIE LINKE dazu verpflichtet,  
27 ihren Beitrag zur Vorbereitung Brandenburgs auf die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit für alle EU-  
28 Ausländer ab dem 1. Mai 2011 zu leisten. Wir konnten uns dabei auf die Unterstützung des DGB, der  
29 Wirtschaftskammern, von Arbeitgeberverbänden und auch aus den brandenburgischen Grenzstädten  
30 stützen.

31 Trotz all dieser Bemühungen fehlt bis heute in Deutschland ein flächendeckender gesetzlicher  
32 Mindestlohn als Lohnuntergrenze, so wie er in 20 der 27 EU-Mitgliedstaaten bereits geltendes Recht  
33 ist. Der Grundsatz „gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort“ wird nicht durchgesetzt.

34 Vor diesem Hintergrund erklärt der Landesparteitag:

35 1. Die Herstellung der vollen Freizügigkeit für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus Estland,  
36 Lettland, Litauen, Polen, der Slowakei, Slowenien, Tschechien sowie Ungarn am 1. Mai 2011, die mit  
37 der Aufhebung der verbliebenen Einschränkungen im Bereich der Dienstleistungsfreiheit verbunden  
38 ist, stellt einen wichtigen Schritt zur Integration der neuen Mitgliedstaaten in die europäische  
39 Staatengemeinschaft dar.

40 2. Es muss verhindert werden, dass ab dem 1. Mai 2011 deutsche und ausländische  
41 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland gegeneinander ausgespielt werden und  
42 Unternehmen Arbeitskräfte aus anderen EU-Mitgliedstaaten als Lohndrücker missbrauchen! Der  
43 Wettbewerb zwischen den Regionen und den Unternehmen darf nicht auf dem Rücken der

44 Beschäftigten ausgetragen werden. Eine Abwärtsspirale bei den Arbeits-, Sozial- und Lohnstandards  
45 würde zum Anwachsen antieuropäischer Ressentiments führen.  
46 Um den mit einer vollen Arbeitnehmerfreizügigkeit einhergehenden Druck auf die Arbeitsverhältnisse  
47 der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu vermeiden, um Lohndumping zu verhindern und eine  
48 wirtschaftlich faire wie sozial gerechte Wettbewerbssituation zu schaffen, müssen gesetzliche  
49 Mindestlöhne und soziale Mindeststandards eingeführt werden. DIE LINKE wird sich deshalb weiter  
50 parlamentarisch und außerparlamentarisch vor allem dafür einsetzen, dass es in der Bundesrepublik  
51 zum 1. Mai 2011 einen gesetzlichen Mindestlohn für alle Branchen gibt. Das Arbeitnehmer-  
52 Entsendegesetz muss auf weitere Branchen ausgeweitet werden und die Erklärung der  
53 Allgemeinverbindlichkeit erleichtert werden.

54 Der Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ sowie generell gleiche Arbeitsbedingungen für  
55 Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter und Stammbeschaftung müssen ohne Ausnahme  
56 gelten.

57 In Brandenburg betrachten wir das geplante Landesvergabegesetz als einen wichtigen Baustein für  
58 fairen Lohn sowie zur Sicherung der Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern.

59 3. Die Landespolitik ist gefordert, die notwendigen Rahmenbedingungen für einen gemeinsamen  
60 Wirtschafts-, Arbeits- und Sozialraum an Oder und Neiße zu schaffen. Wir wollen, dass Deutsche und  
61 Polen hier in der Region, hier in ihrer Heimat ihre Zukunft gestalten können. Wir unterstützen deshalb  
62 die "Frankfurter Erklärung" vom 17. Januar 2011, mit der sich die Industrie- und Handelskammer, die  
63 Handwerkskammer, der DGB und die Agenturen für Arbeit aus Ostbrandenburg sowie die Stadt  
64 Frankfurt/Oder erneut für wirksame Schritte hin zu einer gemeinsamen europäischen Region  
65 starkgemacht haben. Auch wir als DIE LINKE wollen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus der  
66 Europäischen Union bei uns herzlich willkommen heißen. Auch wir wollen grenzüberschreitenden  
67 Wirtschaftskooperationen und die Vernetzung der Arbeitsmärkte in der Grenzregion weiter  
68 befördern. Und auch wir wollen den internationalen Austausch von Waren und Dienstleistungen für  
69 wirtschaftliches Wachstum, für stabile Beschäftigung und Wohlstand nutzen.

70 Gemeinsam mit dem Koalitionspartner und den Partnern in den westpolnischen Woiwodschaften  
71 werden die Abgeordneten und Minister unserer Partei daran arbeiten, Versäumnisse der  
72 vergangenen Jahre und bestehende Hindernisse zügig abzubauen. Dazu gehören vor allem:

- 73 • der Aufbau stabiler Beziehungen zwischen den Arbeitsmarktbehörden in Brandenburg und  
74 Westpolen;
- 75 • die Schaffung erweiterter Möglichkeiten für den Erwerb der polnischen bzw. der deutschen  
76 Sprache und generell eine bessere Vorbereitung deutscher und polnischer Jugendlicher auf  
77 ein Arbeitsleben in einer zusammenwachsenden deutsch-polnischen Region;
- 78 • der Aufbau von speziellen Beratungsmöglichkeiten für ausländische  
79 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, damit sie hier in der Region gleichberechtigt  
80 mit Deutschen ihre Rechte in Brandenburger Unternehmen wahrnehmen können.

81 Auch und gerade durch diese Schritte werden wir versuchen, bestehende Ängste, die es auf beiden  
82 Seiten von Oder und Neiße gibt, abzubauen.

83 4. DIE LINKE Brandenburg wird die "Europawoche 2011, die vom 5. bis zum 16. Mai stattfindet,  
84 nutzen, um mit den Brandenburgerinnen und Brandenburgern über "ARBEITNEHMERFREIZÜGIGKEIT -  
85 GUTE ARBEIT - CHANCEN FÜR UNSERE DEUTSCH-POLNISCHE REGION" ins Gespräch zu kommen.  
86 Die Kreis-, Gebiets- und Ortsverbände der Partei werden gebeten, gemeinsam mit den  
87 Landtagsabgeordneten sowie den Brandenburger Mitgliedern im Deutschen Bundestag und im  
88 Europäischen Parlament durch Standaktionen, öffentliche Veranstaltungen und in anderen Formen  
89 die Positionen unserer Partei in die Öffentlichkeit zu bringen. Diese Aktivitäten betrachten wir  
90 zugleich als einen Beitrag unseres Landesverbandes zum Aktionsschwerpunkt der Partei "Kampf für  
91 einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn".

UnterstützerInnen: